

„Ritter ohne Schwert“ wacht über die Finanzen

Max Munding, der Präsident des Landesrechnungshofs, referierte beim Neujahrsempfang der FDP im Wieslocher Kulturhaus

Wiesloch. (hds) Er verglich seine Behörde mit einem „Ritter ohne Schwert“. Dennoch gelte es, für die politischen Entscheidungen Empfehlungen abzugeben, Vorschläge zu erarbeiten und Einsparpotenziale aufzuzeigen. Max Munding, der Präsident des Landesrechnungshofs Baden-Württemberg, war zum Neujahrsempfang des Wieslocher Ortsverbands der FDP und des Kreisverbands Rhein-Neckar ins Kulturhaus gekommen. Hier gab er einen Einblick in die Aufgabenvielfalt der Institution.

„Für einen Neujahrsempfang sicherlich ein sperriges Thema“, räumte Max Munding anfänglich ein, jedoch erwiesen sich seine Ausführungen für die Gäste als interessant, belegte er doch die Notwendigkeit des Rechnungshofs mit anschaulichen Beispielen. „Wir liefern die Grundlagen für politische Entscheidungen und sind dabei auch erfolgreich, denn mehr als die Hälfte unserer Konzepte werden auch umgesetzt, mittelfristig sogar mehr“, erklärte Munding. Man habe zwar kein politisches Mandat, arbeite demzufolge unabhängig und nicht weisungsgebunden, jedoch seien die Themenfelder durch die Bank dennoch politischer Natur. Munding führte als ein Beispiel die Situation im Bildungsreich an. Aufgrund der demografischen Entwicklung sind nach seinen Darstellungen die Schülerzahlen über die kommenden Jahre rückläufig, die Anzahl der Lehrerstellen jedoch gestiegen. „Hier hat man inzwischen reagiert, hat unsere Zahlen als Basis dafür genutzt, künftig schrittweise – bis zum Jahr 2020 – etwa 11 000 Stellen im schulischen Bereich abzubauen“, so Max Munding. Aber man setze nicht nur den Rotstift an. Es gehe auch darum, vorhandene oder gar reduzierte Ressourcen besser zu nutzen oder bestimmte Abläufe zu optimieren.



Neujahrsempfang der FDP im Kulturhaus: (v.l.) Robert Blum, Bernd Lang, Max Munding, der Präsident des Landesrechnungshofs, Claudia Felden und Jörg Richter. Foto: Pfeifer

Als einen wichtigen Schritt nannte der Präsident des Rechnungshofs die im Jahr 2009 beschlossene und im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“. Ausgelöst wurde diese parlamentarische Aktivität durch die Tatsache, dass die Staatsverschuldung im Jahr 2007 stolze 1,5 Billionen Euro betrug und es galt, dieser Tendenz einen Riegel vorzuschieben. Mit dieser Regelung ist jetzt vorgesehen, bis 2016 die Neuverschuldung im Bund „einzufrieren“, für die Kommunen gilt dies ab 2020. „Das war eine Sternstunde der Politik“, lobte Munding die Entscheidung.

Mundings Worten zufolge werden die öffentlichen Haushalte „in guten Zeiten

ruiniert“, denn dann würden Forderungen und Wünsche erfüllt, die sich als Dauerverpflichtungen erweisen. „Auch hier setzen wir mit unserer Arbeit an. Wir blicken nicht nur zurück, sondern versuchen, mit präventiven Anregungen künftige Finanzprobleme erst gar nicht aufkommen zu lassen“, so Munding. Er räumte indes auch ein, dass dies in Einzelfällen auch durchaus problematisch sein kann. „Wir reden hier von öffentlichen Dienstleistungen, die möglicherweise beschnitten werden müssen. Und hinter jeder dieser Dienstleistungen stehen eben Personen, die diese umzusetzen haben.“

Auch auf bestehende Förderpro-

gramme wirft der Rechnungshof ein kritisches Auge. „Im Vorjahr haben wir etwa 200 dieser Programme analysiert, Streichungen – und wenn dies nicht geht Kürzungen – empfohlen.“ Seitens der Mitarbeiter des Rechnungshofs wurde auch angeregt, bestimmte Förderprogramme nur noch befristet zu vergeben und die Verwaltungskosten zu senken. Nach Mundings Ausführungen werden die Aktivitäten des Landesrechnungshofs in entsprechenden Denkschriften festgehalten, ein „Buch zum Nachdenken“ also, da man selbst als Behörde nicht exekutiv tätig werden könne.

Zuvor hatte Bernd Lang, der Vorsitzende des FDP-Ortsverbandes, in seiner Begrüßung betont, man wolle trotz der politischen Nackenschläge im Vorjahr den „Kopf nicht in den Sand stecken“. In seinem kommunalpolitischen Rückblick sprach Lang die aus Sicht der Freien Demokraten nach wie vor „unbefriedigende Situation“ in Sachen Palatin an. „Auszeichnungen für einen Hotelbetrieb alleine reichen nicht aus, es muss sich auch ein messbarer, wirtschaftlicher Erfolg einstellen“, forderte Lang. Als „Zwangswärme“ bezeichnete er die Wärmeversorgung der Äußeren Helde und kritisierte die Einstellung des Ärztlichen Bereitschaftsdiensts unter der Woche in der Weinstadt. „Wir werden weiter bei dieser Angelegenheit am Ball bleiben, zumal es noch nicht sicher ist, ob die Versorgung wenigstens an den Wochenenden und an den Feiertagen in Wiesloch verbleibt“, betonte Lang.

Grußworte übermittelten auch der Vorsitzende des Kreisverbandes der FDP, Michael Geld, und der Kandidat für die Europawahl, Patrick Klein. Musikalisch umrahmt wurde der Neujahrsempfang vom Violinoduo Tobias Hohl und Simon Schwarz.